

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abzugspreis: Einzel-Nr. 12.— M. Durch Austräger 60.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspostk. 5.— 6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81089. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 29. November 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.60 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Wetlamer: Die Millimeterzeile 8 gespaltene oder deren Raum im Text 30.— M.

Zwiespalt im Lager der SPD.

Führer und Abgeordnete stimmen für die Regierung Cuno SPD-Arbeiter für eine Arbeiterregierung

Breslau, den 28. November.

Der Sozialdemokrat Ebert hat Cuno als Reichszankler berufen, und ein großer Teil der BSPD-Führer hat sich im Reichstag für Cuno erklärt. Am Sonnabend sprachen der Regierung Cuno außer den Kommunisten, der Ledebourgruppe und einigen BSPD-Abgeordneten alle anderen „Volks“-Vertreter das Vertrauen aus.

Zubeil (BSPD) stimmte mit den Vertretern der SPD. Eine Gruppe der BSPD-Abgeordneten hat vor der Abstimmung den Saal verlassen. Zu dieser etwa 16 Abgeordnete zählenden Gruppe gehören unter anderen: Toni Sender, Fries, Braß, Plettner, Kurt Rosenfeld, Dittmann.

„Dem Ernst der Stunde ist die Einheitsfront von Helfferich bis Breitscheid angemessen“, stellt freudig eine bürgerliche Zeitung fest. Dem „Ernst der Stunde“ war auch 1914 die Einheitsfront von Kaiser Wilhelm bis zu den Scheibemännern angemessen.

Zu der Regierungserklärung und also dem Programm der Regierung lag ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachtes Mißtrauensvotum folgenden Wortlauts vor:

„Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstags; insbesondere mißbilligt der Reichstag die auf Grund der Note vom 13. November 1922

angekündigte Durchbrechung des Achtstundentages, die in Aussicht gestellte Massenentlassung behördlicher Angestellten und Arbeiter, die Befestigung der Getreideumlage und die danach angekündigte Brotpreissteigerung,

und außerdem, daß die Regierung durch Sicherung der kapitalistischen Substanz, des Wiederbeschaffungspreises als Grundlage für die Preisbildung, die unbeschränkte Wucherfreiheit herzustellen entschlossen ist.“

Der Antrag Peterßen (Demokr.), der etwa 400 Stimmen erhielt, lautet:

„Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Damit hat ein großer Teil der BSPD-Abgeordneten und also BSPD-Führer sich hinweggesetzt über die Forderung der BSPD-Arbeiter, die sich für den Sturz Cunos aussprachen und die Bildung einer Arbeiterregierung forderten.

Die Reichstagsfraktion der BSPD hat das Geschäftskabinet Cuno nicht nur am Leben erhalten, sondern ihm die größte Stimmzahl verschafft, die je eine parlamentarische Regierung in Deutschland besessen hat. Sie hat sich damit in schroffem Gegensatz zu ihrer Mitgliedschaft im Reiche gesetzt, die mit überwältigender Mehrheit den sofortigen Sturz dieser ausgesprochenen Schaumacherregierung durch die BSPD. verlangte.

So schrieb die „Ostfriesinger Tribüne“:

„Arbeit muß gegenüber dieser Kapitalistenregierung, der jetzt schon das Vertrauen der Deutschnationalen winkt, von vornherein herrschen. Das ist das mindeste, was die Partei und die Arbeiterklasse in dieser Stunde von der Reichstagsfraktion erwarten!“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt am 24.:

„Recht die BSPD. das Hapag-Kabinet ab, was wir unter allen Umständen fordern, so brachten wir 190 Stimmen, einschließlich der Kommunisten und der zwei Ledebourleute, gegen das Kabinet auf.“

In den bürgerlichen Parteien tragt man sich in peinlicher Verlegenheit die Köpfe und beschwört die Sozialdemokraten unter Appell an ihre Vaterlandsliebe, doch ja nicht in scharfe Opposition zu treten. Wir meinen, das hätte man sich früher überlegen müssen. Nach Jahren des Lamerens muß endlich einmal diesen bürgerlichen Republikanern gesagt werden, daß wir ihre Selbstschändung nicht mitmachen, wenn sie sich unter den Einfluß einer monarchistisch-kapitalistischen Partei begeben wollen.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Selbstschändung mitgemacht. Und warum? Weil, so behauptet der „Soz. Parlamentsdienst“, der Sturz Cunos das Reich in „unabsehbare Wirren“ stürzen oder — die große Koalition herbeiführen würde! Die „Frankfurter Volksstimme“ antwortet darauf:

„Warum denn entweder zu „unabsehbaren Wirren“ oder zur großen Koalition? Hätte die Sozialdemokratie die Macht, das Kabinet zu beseitigen, so könnte sie die Bürgerlichen vor die Zwangslage stellen, entweder ihre bescheidenen Mindestforderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen oder eine neue Regierung zu bilden, die nie schlimmer sein könnte, als das Kabinet Cuno-Becker-Müller, diese denkbar schlechteste Regierung, über den Reichstag auslösen.“

Wenn die Sozialdemokratie dagegen stimmt, diese Regierung zu stürzen, wird man ihr nachsagen, die Existenz der Regierung gemollt zu haben, die sich nachher selbst für anfangs Blinde als agrarisch-großkapitalistisch entpuppte.“

Das „Volk“, Organ der BSPD. in Jena und Weimar ruft die sozialdemokratischen Arbeiter auf:

„Unsere schärfste Opposition, unser erbittertester Kampf gegen die Sinnes-Regierung, in der der Exreaktionär Dr. Becker-Gesjen das Wirtschaftsministerium leitet mit dem Syndikus des Industrie- und Handelstages Dr. Brand als Staatssekretär, in der der Volksparteiler Dr. Heinz Wigandler ist und die ohnedies reaktionäre Klassenjustiz vertreten wird, in der verdächtige Gestalten aus der bayerischen Putsch-De, wie Stingl, und Lieblinge der monarchistischen Reichswehr, wie Geßler, die Republik schlingen werden, muß dem ganzen deutschen Volke klar machen, was es heißt, eine Reichsregierung, eine Sinnes-Regierung in Deutschland aus Ruder zu bringen.“

Der eheliche „Vormars“, das Zentralorgan der BSPD. verschweigt seinen Lesern, daß Zubeil mit den Kommunisten stimmte, und daß Dutzende von sozialdemokratischen Abgeordneten sich der Stimme enthielten, indem sie bei der Abstimmung sich nicht blieben oder den Saal verließen. Er fragt, auf welchem Wege eine Arbeiterregierung zustande kommen soll. Auf parlamentarischem Wege fehle die Mehrheit, und auf außerparlamentarischem die Macht. Und er fügt hinzu:

Nur im Ringen um die Seele unseres Volkes, das in seiner ungeheuren Mehrheit aus proletarischen Existenzen besteht, kann der große Kampf gewonnen werden. Dazu bedarf es aber klarer Ziele und durchführbarer Forderungen.

Die Sozialdemokraten „ringen“ um die Seele des Volkes, indem sie mit Helfferich und Sinnes gemeinsame Politik machen. Ihr „klares Ziel“ und ihre „klaren Forderungen“ sind in der Reparationsnote festgelegt. Es sind Ziele und Forderungen, die sich nur durch die Diktatur über die große Mehrheit des Volkes durchführen lassen. Ueber die Regierung der Arbeit, über das Programm einer solchen Regierung, wie es der Reichsbetriebsrätekonferenz aufgestellt hat, hat die wahre sozialdemokratische Presse nur Spott und Hohn. Für den Kampf der kommunistischen Partei und der Betriebsrätebewegung zur Sammlung der Massen für die Arbeiterregierung hat die sozialdemokratische Führerschaft ebenfalls nur verlegenen Spott und Hohn. Die sozialdemokratischen Führer kämpfen wie Verzweifelte, um die kämpfende Einheitsfront des Proletariats nicht zustande kommen zu lassen. In allen Mitteln suchen sie die Arbeiter zu verwirren und zu spalten, um sie von Kampf um die Macht abzuhalten. Gegen die geschlossene Arbeiterklasse kann sich in Deutschland keine Regierung halten. Eine Regierung, hinter der die Macht der Arbeiter mit ihren Organisationen steht, ist mächtig genug, der Bourgeoisie ihren Willen aufzuzwingen. Auf welchem Wege die Arbeiterregierung verwirklicht werden kann? Nicht durch die Einheitsfront von Helfferich bis Breitscheid, sondern durch den geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterklasse.

§ 14 des Gesetzes zum Schutze der Republik gefordert, sowie die sofortige Auflösung des „Bereins ehemaliger Baltien und Finnlandkämpfer“. Bezeichnend ist es für den Fortschritt der antirepublikanischen weißen Aera, daß die Oberstulbehörde den staatsgefährlichen Untertanen des Baltikum-Hauptlings bereitwilligst Schulräume zur Verfügung gestellt hatte.

Der Baltikum-Hauptling auf Reisen.

Auf die Ankündigung des Grafen von der Goltz, nach Lübeck zu kommen, hat die kommunistische Fraktion der Bürgerschaft eine Anfrage an den Senat gerichtet, die sich gegen den Schlichter der russischen und finnischen Revolution wendet. Es wird das sofortige Verbot des Vortrags des Generals von der Goltz auf Grund des

„An Ebert!“

Ein Sozialdemokrat im Spiegel der Reaktion.

Breslau, den 28. November 1922.

F.K. Die Sozialdemokraten Schlesiens verlieren infolge ihrer arbeiterfeindlichen Politik bei den proletarischen Massen immer mehr an Vertrauen. Im selben Maße aber, wie das Vertrauen der Arbeiterschaft zur SPD. schwindet, wächst ihre Sympathie zur KPD. Immer mehr wird die kommunistische Partei von den Arbeitern selbst im rückständigen Schlesien als die einzige proletarische Kampfpartei anerkannt. Zu Zeiten, wo das Preisgeben der proletarischen Interessen durch die BSPD. besonders klar zutage tritt (es braucht nur an die Einheitsfrontkampagne unserer Partei vor und nach dem Rathenaumord erinnert zu werden), stoßen große Haufen von Arbeitern von der SPD. zur KPD., sodas den Sozialdemokraten selbst Angst vor dieser Massenflucht wird. Dabei wächst innerhalb der BSPD. ständig die proletarische Opposition, die ein zurückkehren auf den Boden des Klassenkampfes fordert und in steigendem Maße mit den Kommunisten sympathisiert.

Gegen diese Erscheinungen kämpft die SPD. mit allen Mitteln an. Da sie aber nicht willens ist, die Burgfriedenspolitik mit der Bourgeoisie aufzugeben, beweist sie ihre Hilflosigkeit mit den Versuchen, die KPD. bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen. Jedesmal, wenn die sozialdemokratischen Führer sich gegen die Erfolge der KPD. keinen Rat wußten, rückten sie mit einer ebenso blöden wie gemeinen Lüge hervor. Zu Dutzenden konnten wir die Beispiele anführen. Bei der Einheitsfrontkampagne vor der Rathenaudemonstration brachten sie jensationell die „Entthüllungen“ des Spitzels Gruschwitz; dann erzählten sie, die führenden Kommunisten in Schlesien seien Spizel. Ein andere Mal flüchteten sie gar zur Denunziation von Kommunisten.

Ein beliebtes Mittel, das sie auch jetzt noch zuweilen anwenden, ist die Behauptung, die KPD. sei eins mit der Reaktion, sie bezöge von Reaktionsären Geld. Dabei nutzen die BSPD.-Führer die Tatsache, daß im Reichstag Deutschnationale und Kommunisten zuweilen gegen eine Vorlage stimmten, in ganz demagogischer Weise aus. Sie fügen ihren diesbezüglichen Agitationsphrasen nie hinzu, aus welchem Grunde die Kommunisten gegen eine Sache stimmten, die zufällig auch von den Deutschnationalen abgelehnt wird. Dafür ein Beispiel: Als nach dem Eisenbahnerstreik, im Frühjahr dieses Jahres, die Regierung Wirth die Vertrauensfrage stellte, stimmten die Kommunisten gegen das Vertrauensvotum, weil die Regierung die Streikgelder beschlagnahmt und ein Ausnahmegericht gegen die Eisenbahner geschaffen hatte. Die Deutschnationalen hingegen versagten der Regierung ihr Vertrauen, weil diese nicht scharf genug gegen die streikenden Eisenbahner vorging. Bei der Anwendung dieser Argumente verschmeigen die sozialdemokratischen Führer aber, daß sie selbst nicht nur mit Sinnes zusammen stimmten, sondern sogar mit der Bourgeoisie zusammen regieren. Wir brauchen nur an die große Koalition in Preußen erinnern.

Die faustdicken Lügen, die von den sozialdemokratischen Führern jedesmal, wenn sie in Verlegenheit sind, gegen die KPD. geschleudert werden, können von niemanden besser widerlegt werden, als von den Reaktionsären selbst. Sie müssen es ja wissen, ob die Kommunisten so dicke Freunde der Reaktion sind, wie es zuweilen in der „Volksmacht“ steht. Die „Schlesische Zeitung“, die „ewig“ als eine Autorität im Blätterwald der deutschen Reaktionsäre gilt, plaudert in ihrer letzten Sonntagsausgabe etwas über ihr Verhältnis zu den Kommunisten und zur Sozialdemokratie aus. Schon unlängst stellte sie den sozialdemokratischen Führern in einem Agitationsartikel gegen (!) die Sozialdemokratie das Zeugnis aus, daß sie „im persönlichen Verkehr ganz annehmbare Leute“ sind. Ein Verhältnis, das die sozialdemokratischen Arbeiter Schlesiens nicht gerade angenehm berühren wird.

In ihrer Sonntagsnummer bringt die „Schlesische Zeitung“ nun einen Leitartikel „an Ebert“, in dem sie sich mit dieser Größe der sozialdemokratischen Führerschaft befaßt. Dieser Artikel sollte von jedem BSPD.-Arbeiter gelesen werden. Ueber die bisherige Tätigkeit des sozialdemokratischen Reichspräsidenten sagt das reaktionäre Blatt: „Was er zunächst getan hat, macht einen

erquicklichen Eindruck von Willenskraft." Zur letzten Tat des Sozialdemokraten Ebert äußert die „Schlesische Zeitung“ sehr zufrieden:

... von seiner Stellung hat er, indem er Herrn Cuno mit seinem Gefolge bürgerlicher Mannen zur Regierung berief, anerkanntesten Gebrauch gemacht!

Kann die Tätigkeit eines Sozialdemokraten besser gekennzeichnet werden als durch diese Anerkennung seitens der Reaktion? Kann denn den Proletariern noch deutlicher als durch die „Schlesische Zeitung“ gesagt werden, in wessen Interesse die Sozialdemokraten reitieren? Und zeigt dies Lob des sozialdemokratischen Reichspräsidenten durch die „Schlesische Zeitung“ nicht deutlich genug, welche Komödie die SPD jetzt gegen die Regierung Cuno aufspielt! Ist doch der Sozialdemokrat Ebert der Vater dieser Bürgerregierung, bei deren Geburt die SPD Hebammendienste geleistet hat.

Die „Schlesische Zeitung“ begnügt sich aber nicht damit, Ebert ein Loblied zu singen. Sie meint, daß „die Hauptprobe, bei der Herr Ebert zeigen soll, wie weit er sich in so schwerer Zeit zum Präsidenten eignet,“ noch aussteht. Nämlich:

„Der Jahre wird es nun auch, daß die neue Herrschaft mit der Lösung krebst: weniger Arbeit und höheren Lohn! Der Achtstundentag stürzt Eisenbahn und Post in Fehlbeträge von Milliarden, läßt unsere Produktionskraft, macht die Einfuhr englischer Kohle unentbehrlich, entwertet die Mark und zerrütet unsere Finanzen, sodaß der ausländische Kapitalist vor dem deutschen Pumpversuch zurückschreckt. Da ist es nun erfreulich, daß Herr Cuno höhere Leistung der Wirtschaft fordert. Lei! Wie wäre uns so schon zu helfen, und wer weiß, ob nicht auch schließlich der Achtstundentag dran glauben muß, da er auf Mehrarbeit nicht reimen will.“

Das also ist des Pudels Kern. Der Achtstundentag soll daran glauben und die Reaktionäre sogar schon jetzt dem Reichspräsidenten, daß er hier seine Hauptprobe zu bestehen hat. Und Herr Ebert, der ja wieder zum Präsidenten gewählt werden will, muß auf seine Wähler Rücksicht nehmen. Er muß ihnen zeigen, daß er die Hauptprobe besteht. Daran, daß er sie bestehen wird, zweifelt die „Schlesische Zeitung“ nicht. Sie bedauert nur, daß man „in weiten Kreisen noch daran zweifelt.“

Für die Arbeiter kann es gleich sein, ob daran noch gezweifelt wird oder nicht. Für sie muß es genügen, daß dem Achtstundentag große Gefahr droht. Jedem Arbeiter ist es klar, daß durch das Kabinett Cuno diese Gefahr noch vergrößert wird. Darum muß jeder Arbeiter jetzt rüsten zum Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages. Auf keinen Fall darf dieser preisgegeben werden. Selbst wenn der Reichspräsident Ebert dadurch seine Hauptprobe nicht bestehen würde.

Und nun sagt die „Schlesische Zeitung“ auch noch etwas über die Kommunisten. Sie ermahnt den sozialdemokratischen Präsidenten, seine „Einsicht weiterhin zu betätigen“:

„Mittel dazu gibt ihm die Verfassung genug: Sie befiehlt ihm, die in den §§ 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 gewährleisteten Grundrechte aufzuheben, also Leute, die er lästig findet, verhaften zu lassen, auch ihre Wohnung nicht als Freistätte zu lassen, das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtung anzuhalten, die Freiheit des Meinungsäußers, des Versammlungs- und Vereinsrechts zu sperren, die Wehrmacht zu laubieren, ja sogar Eigentum einzuziehen, wenn er das für nötig hält.“

Was ist das anders als die Einladung an Ebert, gegen die Kommunisten vorzugehen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln! Ebert kann sich den Lobherrn auf's Haupt setzen, denn er ist auf dem Höhepunkt der Tätigkeit eines Reichspräsidenten in der „demokratischen“ Diktatur des Kapitals angelangt. Die Reaktion ladet ihn, den Sozialdemokraten ein, der demokratischen Phrase Ade zu sagen und die uneingeschränkte, offene Diktatur der Bourgeoisie zu verkünden.

Soweit, Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, ist es mit Euren Führern gekommen. Und dabei finden die kleinen Eberts in Schlesien noch den Mut, Euch weismachen zu wollen, die Kommunisten seien Freunde der Reaktion. Sie, die im „persönlichen Verkehr“ den Reaktionären „ganz annehmbare Leute“ sind, wagen es, eine proletarische Partei zu beinhalten. Muß da nicht einem jeden Arbeiter ein Ekel überkommen, wenn er zu gleicher Zeit das Lob derselben Leute aus dem Munde der Reaktion hört? Die revolutionären Arbeiter wollen nichts mit diesen Leuten zu tun haben. Sie rücken weit von ihnen ab, der Worte gedenkend, die unser alter August Bebel prägte:

Wir wollen sein und bleiben Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft

Was will Cuno?

Wilde in der Form, brutal in der Sache! Das ist das Kennzeichen der Programmrede Cunos. Hinter einem Haß sentimentaler Phrasen verbirgt sich die Kampfanzeige an das Proletariat, wie die Kräfte in den Sammelbüchern des Raubtiers. Eine Zusammenfassung der Dinge, auf die es ankommt, ist deshalb notwendig, um den Leser durch die verwickelten Wege der Rede zu leiten.

Das Stimmungsprogramm, wie es in der Note vom 13. November zum Ausdruck kam, ist die Grundlage dieser Politik. Die Stabilisierung der Mark soll durch Verpfändung des Goldschatzes versucht werden. Cuno rechnet mit höheren wirtschaftlichen Ergebnissen und großer Arbeitslosigkeit als Folge dieser Maßregel.

Der Achtstundentag soll tatsächlich beibehalten werden, indem man ihn formell anerkennt, unter Zulassung gelegentlich begrenzter Ausnahmen auf technischen (wenn die Gewerkschaften mitwirken) oder beschließendem Wege (wenn die Gewerkschaften nicht mitwirken).

Der Bauer soll, angeblich, bekämpft werden. Cuno mahnt die Landwirtschaft, der Volksgemeinschaft weicher zu werden.

Der Weg aus dem Elend.

Rede des Genossen Brandler auf dem Reichsbetriebsrätekongreß.

Genosse Brandler fährt in seinem Referate fort: Große Teile der Arbeiterschaft stehen noch kleinlaut und zweifelnd der Bewegung der Betriebsräte gegenüber, weil die Bewegung, die doch erst in den letzten drei Monaten aktiv wurde, noch nicht die ganze Masse des arbeitenden Volkes erfaßt hat. Und trotzdem müssen wir klar und offen sagen, daß alle die Unterdrückungen und alle die Schikanen, die die bürgerliche Regierung gegen die revolutionären Arbeiter und gegen die Betriebsrätebewegung in Szene gesetzt hat, noch überboten werden von noch größeren Unterdrückungen. In diesem Kampfe werden die Jaghaften und die Schwachen ausgeschieden und nur die, die ist sind, sind berufen, die Stäber für die Bewegung zu bilden. Die Kraft der jetzigen Bewegung reicht nicht aus, um sofort die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Deshalb müssen wir alle Unzufriedenen, alle Hungernden zusammenfassen, um sie zunächst zu gewinnen für die Forderung nach einer

Arbeiterregierung.

Wir müssen klar aussprechen, daß auch in der Frage der Arbeiterregierung noch große Illusionen bestehen, daß die Arbeiterregierung noch lange nicht bedeutet die restlose wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiterschaft.

Wenn der AÖÖV zu jeder Zeit, wenn Kämpfe der Arbeiterschaft in Aussicht stehen, dazu übergeht, Punkte und Forderungen aufzustellen, dann müssen wir den Massen deutlich sagen, daß es nicht mit der Aufstellung von Punkten getan ist, sondern daß diese Punkte auch durchgeführt werden müssen.

Eine Arbeiterregierung, die von der Arbeiterschaft erkämpft werden muß, soll anschließend an die Forderungen des AÖÖV, die Beschlagnahme der Devisen, der Auslandsguthaben der Kapitalisten und der dynastischen Vermögen durchführen. Allein durch diese drei Maßnahmen ist die Möglichkeit gegeben, die Finanzen zu sanieren. Diese drei Punkte sind es insbesondere, die von den Betriebsräten im letzten Vorjahr Deutschlands propagandistisch verwendet werden mußten. Eine Annulierung der Kriegsanleihe ist deshalb nicht mehr nötig, weil die Anteilsscheine nicht mehr das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Deshalb muß die Arbeiterregierung durchführen eine

Straffe innere Zwangsanleihe.

Durch die Vereinfachung des Steuersystems, vor allen Dingen dadurch, daß ein Teil der Produktion, wie Eisen, Kohle und Lebensmittel, beschlagnahmt und dann auf die Steuern dieser Gesellschaften und Personen angerechnet werden sollen, durch die Beseitigung aller indirekten Steuern wird nicht nur der bürokratische Apparat des Staates entlastet, auch der Einfluß auf die Produktion wird dadurch härter und jester.

ihre Opfer zu bringen.“ Wie soll der Kampf gegen den Wucher betrieben werden? „Bei der Preisfestsetzung für die weiter zu liefernden Getreidemengen ist die Regierung bereit, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.“ Entbehrungen wird von weiten Kreisen unseres Volkes ferngehalten sein.

Massenentlassungen von Beamten und Angestellten werden angekündigt. In den Staatsbetrieben sollen „Hochleistungen bei geringstmöglichem Kräfteverbrauch“ angestrebt werden. Die Massenentlassungen sollen benutzt werden zu einer „Auslese und dem Aufstieg der Tüchtigen“. Der alte gute Beamtengeist soll neu entwickelt werden. Die Massenentlassungen sollen sich also auswirken als Massenmaßregelungen.

Die Entlassung der Eisenbahn scheint angekündigt zu sein in der verschwommenen Phrase von der „bedingten Beschränkung der Staatsaufgaben auf das unbedingt Notwendige“.

Die gepanzerte Faust. Nichts charakterisiert die Feindschaft dieser Rede mehr als der folgende Satz: „Der kommende Winter wird, so fürchte ich, Not und Verbitterung in unserem Volke steigern. Wir werden alle Sorge des Herzens anwenden, sie zu lindern. Aufruhr und Gewalt würden nichts bessern, sondern die Not steigern. Sie würden deshalb die volle Kraft des Staates auf dem Plane finden.“

Die Reichswehr mit ihren Orgehoßoffizieren soll die Waffe dieser Regierung sein, denn sie vereinigt glücklich „alte soldatische Tugenden mit vorbehaltlosem Gehorsam für Staat und Verfassung (!) und wird immer mehr dem Gegensatz der Parteien entrückt“. Sie hat „ein besonderes Recht auf die Fürsorge“ des Herrn Cuno.

Orgehoßbären wird Trumpf. Herr Cuno kam von Berlin von München her, nach Besprechung mit der bayerischen Regierung. In seinem Ministerium sitzt eine ganze Reihe Bayern. Die bayerische Regierung führt seit dem Kapp-Putsch einen fortwährenden Kampf gegen Reich und Reichseinheit. Herr Cuno „bedauert es nicht, daß die Länder eine stärkere Lebenskraft zeigen, als viele in den Jahren der Umwälzung glaubten“. Er freut sich dessen vielmehr, weil so Werte der Staatsgesinnung entwickelt werden. Der Fasizismus marschiert.

Das ist das Programm der neuen Regierung, eindeutig und klar, Hunger und brutale Gewalt.

Wie der „Wiederaufbau“ aussieht.

Das Stimmungsprogramm beginnt sich anzukündigen auf Kreise, die bisher nicht glaubten, unter denen zu sein, die dem unerschütterlichen Boloch Kapital zum Opfer fallen. In Berlin und verschiedenen anderen Städten der sozialdemokratisch-vollparteilich regierten preussischen Republik werden hunderte von Junglehrern, nachdem sie jahrelang auf Kosten ihrer Eltern und des Staates ausgebildet wurden, entlassen.

In der gleichen Zeit beschäftigte sich die oberste Kommando unter Aufsicht von Regierungsvertretern mit der Reduktion des Kampfwerts und der Pferdezahl. Heber eine Million Mark kostet der Unterhalt eines, für die geringe Reproduktion einer parasitären Ueberfrucht so außerordentlich wertvollen Kampfwertes. Um den obigen Kampfwert zu erhalten, verlangt diese Verminderung, daß der Staat aus seinen Einnahmemaßen größere Beträge zur Verfügung stellen solle, um diese „Lebenswichtigen“ Betätigung zu erhalten.

Die Kapitalisten haben heute kein Interesse an der Verbesserung der Produktionsmittel, weil die Arbeiterschaft der deutschen Arbeiter ihnen für einen Pfifferling feil ist. Der Sabotage der Produktion, dadurch, daß die Betriebe stillgelegt und eingeschränkt werden, muß die Arbeiterregierung begegnen durch die

Konfiskation dieser Betriebe.

Wenn heute das Zement Syndikat angeht, der 2 1/2 Millionen fehlenden Wohnungen dazu übergeht, die Produktion von Zement auf 30 Prozent einzuschränken, um die Preise zu diktieren und ungeheure Ueberprofite zu erzielen, so ist es selbstverständlich, daß diese gesamte Industrie sofort zu konfiszieren ist. Dasselbe wird und muß geschehen mit den die Erzeugung von Lebensmitteln sabotierenden Großagraren, denen der nicht bebante Grund und Boden weggenommen werden muß. Schon allein diese Maßnahmen werden dazu führen, daß wir ohne Durchbrechung des Achtstundentages ganz bedeutend mehr produzieren können. Das Luxus- und Schlemmerleben einer kleinen parasitären Oberschicht werden wir dadurch einschränken und beseitigen, daß die gesamte Aus- und Einfuhr auf das für die arbeitende Bevölkerung lebenswichtige beschränkt wird. Rußland als der einzige Staat, der sich nach dem Kriege in aufsteigender Linie bewegt hat, nachgemessen, daß durch die straffe staatliche Kontrolle des gesamten Handels die Möglichkeit besteht, die Auswüchse dieser Klasse zu beseitigen.

Ein wichtiges Mittel, um die Durchbrechung des Achtstundentages zu verhindern, ist ferner die

Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht

für alle Personen von 18—58 Jahren. Zum Grundsatz muß die Parole werden: Wer nicht arbeiten will, soll nicht essen!

Wenn der „Vorwärts“ die Betriebsrätebewegung durch die Behauptung zu denunzieren versucht, die Kommunisten mißbrauchen die Betriebsräte zur Durchführung ihrer Ziele, so können wir frei und offen feststellen, daß die Forderungen nach einer Arbeiterregierung nicht die Endziele der Kommunistischen Partei sind. Wir sprechen heute noch nicht von der Diktatur des Proletariats und von der Enteignung sämtlicher Produktionsmittel und sämtlichen Privateigentums. Enteignet werden sollen zunächst die Kapitalisten, die mit Bewußtsein und mit Vorbedacht die Produktion sabotieren. Erst wenn die große Masse des gesamten Proletariats zur Einsicht über die Notwendigkeit, den Endkampf zu führen, gekommen ist, werden die Kommunisten die Arbeiterschaft zu diesem letzten Kampfe aufrufen.

(Fortsetzung folgt.)

Vielleicht wird dieses Beispiel, das uns zeigt die Frechheit einer in Luxus und Schwelgerei lebenden Clique, dazu beitragen, daß nicht nur die breitesten Arbeiterschichten, sondern auch die vom Versinken in die Barbarei bedrohten Lehrer einsehen, daß nur eine Arbeiterregierung, die den Forderungen dieser großagrarisch-kapitalistischen Sippschaft die gebührende Antwort geben wird, auch sie vor dem Untergang retten wird.

Nach dem Verrat — die erbärmliche Denunziation.

Zur Düsseldorf Streikbewegung.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hat in Düsseldorf die kämpfende Arbeiterschaft an das Unternehmertum verraten. Der Sozialdemokrat Grünner ließ ein Blutbad unter streikenden Arbeitern anrichten. Die Düsseldorf sozialdemokratische „Volkzeitung“ hegte in der widerlichsten und verlogenen Weise gegen die Ausständigen. Kein Wunder, daß die Arbeiterschaft gegen dieses SPD-Blatt aufs äußerste erbittert ist und den SPD-Arbeiterverrättern den Rücken kehrt.

In ihrer Angst und Wut hat nun die Düsseldorf „Volkzeitung“ zu einem Mittel gegriffen, das nur eine völlig bankrotte Partei anwenden kann — der im höchsten Grade ungeschickten betwungenen Lüge und der erbärmlichsten Denunziation, worauf die „Leipziger Volkszeitung“ prompt hereinfällt und die schmierige Denunziation nachdruckt. Sie behauptet, daß der Streik der Mannesmann-Arbeiter nicht spontan ausgebrochen sei, sondern von den Kommunisten von langer Hand vorbereitet worden sei. Sie schreibt:

Vor dem Ausbruch der Bewegung fand in Berlin eine kommunistische Konferenz statt, welche auch von Düsseldorf besandt war. In dieser Konferenz wurde der Plan für die Streikbewegung im Westen festgelegt. Nach den Richtlinien des politischen Rundschreibens Nr. 18 der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 4. August 1922 sollen „wilde Streiks als natürliche Gegenwehr der Arbeiter gegen das ihnen drohende Versinken ins nackte Elend und gegen die Passivität ihrer Organisationsleitung benutzt werden. Diesmal sollte die Düsseldorf Arbeitererschaft die Sturmtruppe sein für die Erreichung parteipolitischer Zwecke der SPD. In Berlin wurde die Beseitigung der Regierung und Einsetzen einer Arbeiterregierung als das Ziel aufgestellt, in Düsseldorf wurde dies vorzichtshalber noch verschwiegen.“

Es würde eigentlich genügen, diesen Blödsinn niedriger zu hängen. Die letzte Konferenz der kommunistischen Gewerkschafter fand am 7. und 8. Oktober in Berlin statt. Das Rundschreiben vom 4. August wurde bereits in der Gewerkschaftspressen richtig abgedruckt. Wir stellen fest, daß die „Volkzeitung“ das angebliche Zitat völlig gefälscht hat.

Der Artikel der „Volkzeitung“ ist von den schmerzhaft kapitalistischen Blättern des Rheinlandes sofort abgedruckt worden, allerdings nicht wegen obigen höheren Blödsinns, sondern wegen der niederträchtigen Denunziationen, die in ihm enthalten sind. Das Blatt behauptet, daß der Obmann der Düsseldorf Mannesmann-Werke, Genosse Feder, zugleich Arbeitervertreter im Aufsichtsrat des Mannesmann-Konzerns, an der kommunistischen Konferenz in Berlin teilgenommen hätte, die den Beschluß faßte, „im Westen einen Kampf zu initiieren“. Dabei ist

Weder weder in Berlin gewesen, noch hat er vorher wissen können, daß anlässlich der Vohnabzüge bei Mannesmann ein spontaner Streik entstehen würde.

Die zweite Denunziation betrifft nicht ein Mitglied unserer Partei, sondern den Syndikalistenführer Fritz Kater, Berlin. Die SPD. ist in erbittertem politischen Kampf mit den syndikalistischen Wirkkräften, die naturgemäß die Massentreibbewegung zu ihrer kindischen Agitation ausnützen. Aber der Ekel steigt uns in die Kehle, wenn wir sehen, daß die Dusseldorfer „Volkszeitung“ Fritz Kater, Berlin, öffentlich der Polizei als Absender von Flugblättern denunziert. Bekanntlich haben die Syndikalisten gleich am Sonnabend oder Sonntag nach Ausbruch des Konflikts den „Generalstreik“ beschloffen, wie sie dies immer tun. Keine Partei und keine Arbeitervertretung wird sich aber von dem Theater beeinflussen lassen, das die Syndikalisten bei jeder Gelegenheit nur einmal aufführen. Die „Volkszeitung“ will es aber nun so hinstellen, als ob die Syndikalisten schon am Sonntag in Berlin in ihrem Flugblatt sich auf den am Dienstag von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten beschlossenen Generalstreik (bzw. zu beschließenden, nach der „Volkszeitung“) bezug genommen hätten. Tatsache ist, daß das vom Sozialdemokraten Grüner befohlene Blutbad am Montag die Arbeiterschaft zum Generalstreik veranlaßt hat. Wir überlassen damit der Arbeiterschaft das Urteil über diese Methoden der politisch-bankrotten SPD.

Nur im Kampfe...

Für die Stimmungen in den Kreisen der SPD. ist auch eine Auseinandersetzung der „Ostthüringer Tribune“ mit Herrn Breitscheid interessant. Breitscheid hatte sich in einer Berliner Funktionärerversammlung der SPD. gegen die Auflösung des Reichstages erklärt. Darauf schreibt das genannte Blatt gegen ihn:

„Wenn Genosse Breitscheid in der Versammlung der Berliner Parteifunktionäre auf die Gefahren eines weiteren Marksturzes hinwies, die durch einen Wahlkampf herbeigeführt werden könnten, so halten wir demgegenüber: Mit diesem Argument hat man schon nach der Ermordung Walter Rathenaus so elend Schiffbruch erleiden müssen, daß man sich davor hüten sollte, es immer wieder anzubringen. Mit der Politik des Lavierens können weder wirtschaftliche noch politische Entscheidungen herbeigeführt werden, weder die Stabilisierung der Mark noch die Festigung der Republik. Nur im Kampfe können die Kräfteverhältnisse erprobt und die Klassenmachterhältnisse zugunsten des Proletariats umgestaltet werden.“

Allerdings, nur im Kampfe. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter diese alte Wahrheit des Sozialismus wieder anwenden, dann wird die proletarische Einheitsfront schnell hergestellt und unwiderstehlich sein. Aber — auch diese Erkenntnis fällt den sozialdemokratischen und politisch teilnahmslosen Arbeitern nicht vom Himmel, sondern wird nur im Kampfe reifen, in dem Kampf den alle Arbeiter führen müssen, wenn sie nicht elend zugrunde gehen wollen.

Eine Verzweiflungsrevolte im Rheinbacher Zuchthaus.

3 Gefangene erschossen.

Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Rheinbach: Im hiesigen Zuchthaus kam es am Montagabend wieder zu einer Meuterei. Die Gefangenen sperren ihre Wärter, die ihnen das Abendessen brach-

ten, ein und versuchten zu entfliehen. Sie wurden aber von anderen Strafanstaltsbeamten aufgehalten. Drei Gefangene wurden dabei erschossen.

Man ermittle den Umfang der Meuterei, denn drei Gefangene dabei erschossen worden sind. Die Zeitung des Zuchthaus liegt in Händen eines der kretinalen „Köln. Volksztg.“ nahestehenden Mannes, über dessen unsoziales Verhalten und über dessen „Geschäftstüchtigkeit“ die Rheinbacher Zuchthausgefangenen viele Beschwerden führen. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt selbst, daß es wieder zu einer Meuterei gekommen sei.

Es wird höchste Zeit, daß in die Rheinbacher Strafanstaltsverhältnisse hineingeleuchtet wird. Wir verlangen die sofortige Untersuchung durch einen parlamentarischen Ausschuß. Wo bleiben die sozialdemokratischen Abgeordneten des besetzten Gebiets?

Genossinnen und Genossen!

Wenn alle Ortsgruppen pünktlich abrechnen, kann die Partei ihre Aufgaben erfüllen. Darum zahlt pünktlich eure Beiträge damit die Ortsgruppen bis zum 4. jeden Monats abrechnen können.

Doppelt gibt - wer schnell gibt!

Der Kampf der Proletarierinnen um den Kontrollauschuß.

Das Beispiel der Gothaer Frauen, die durch ihre Demonstration zum Ministerium Verbilligung der Milch erreicht haben, hat anstehend gewirkt. In Braunschweig, wo die Preise der Waren für die arbeitende Bevölkerung nicht mehr zu bezahlen waren, zog ein großer Zug von Proletarierinnen vor das Ministerium, wählte eine Kommission und forderte Verbilligung von Milch, Brennmaterial und Erhöhung des rationierten Brotes. Zur Durchführung dieser Forderungen wurde die Einsetzung einer Kommission verlangt, die gemeinsam mit der Wucherpolizei die Kontrolle der Preise vornehmen sollte.

Zunächst jedoch wollte Ernährungsminister Rönneberg überhaupt nichts hören, er setzte den Frauen seine politischen Ansichten über Sowjet Rußland auseinander und lehnte die Schaffung eines Kontrollauschusses unbedingt ab. Aber die Bewegung, an der zum überwiegenden Teil Frauen beteiligt waren, wuchs stündlich. In den nächsten Tagen wurde eine öffentliche Versammlung einberufen; die Frauen zogen abermals vor das Ministerium, das mit einer Kette von Sipolenten, die aus Hannover herbeigezogen waren, geschützt war. „Zieht die Sipo zurück, früher wird nicht verhandelt!“ hieß es und tatsächlich wurde diesem Verlangen Rechnung getragen und eine Kommission zur Vorbereitung des Wucherbeirats eingesetzt.

Inzwischen kam der Erlaß vom Braunschweiger Ministerium, der alle öffentlichen Ansammlungen verbot und die Sipo zum rückichtslosen Einschreiten gegen die Massen aufforderte. Als die Vertreter des ADGB, der Ufa, der SPD. und KPD. über die Einsetzung des Beirates verhandelten und die Forderungen zur Unterstützung dieser Forderung auf die Straße gekommen waren, zog die Sipo blank und stürzte in die Menge der wehrlosen Frauen und Kinder hinein. Das war das Signal der allgemeinen Verwirrung. Provokateure hatten leichtes Spiel. Lebensmittelgeschäfte wurden geplündert, Verhaftungen vorgenommen, in allen

Straßen Polizei. Die Stadt glich einer belagerten Festung! Ähnlich wie in Dresden waren es auch hier Provokateure, die die Blünderungen veranstalteten, um einen geeigneten Vorwand zur strengsten Bestrafung der Proletarier zu schaffen. Die proletarischen Frauen haben sich aber durch diese Vorkommnisse nicht einschüchtern lassen, sondern führen den Kampf zur Schaffung der organisierten proletarischen Selbsthilfe entschlossen weiter!

Was man 1914 für einen Maurerlohn kaufen konnte.

Der Tagelohn eines Maurers betrug 1914 6 Mk., dafür konnte sich der Kollege folgende Lebensmittel kaufen:

1 Brot	0,50 Mk.
1 Pfund gute Butter	1,10 "
1 Pfund Schweinefleisch	0,70 "
3 Mehl-Kartoffelme	0,60 "
1 Pfund Kaffee	1,00 "
1 Pfund Aufschnitt	1,20 "
1 Liter Vollmilch	0,20 "
1 Paket Streichholz	0,10 "
1 Paket Zigarren	0,10 "
3 Flaschen Bier	0,25 "
6 Zigaretten	0,35 "

Am 1. Oktober 1922 kosteten diese Lebensmittel, welche im Jahre 1914 6 Mk. kosteten, 385 Mk. Danach müßte der Lohn der Maurer pro Stunde 471 Mk. betragen. Dann erst hätte der Maurer die Lebenssistenz erreicht, welche er bereits schon im Jahre 1914 erreicht hatte.

So wie mit den Maurerlöhnen geht es natürlich mit allen anderen Löhnen. Nirgends ist ein Verhältnis hergestellt, das den Preisen von 1914 entspricht. Die Arbeiter müssen unbedingt den Kampf gegen die Wucherer und Ausbeuter, den Kampf für die Kontrolle der Produktion beginnen.

Gewerkschaftsbewegung.

Bergarbeiterversammlung in Sandberg und Nieder-Salzbrunn.

Die Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes Sandberg und Nieder-Salzbrunn fand am Sonntag, den 12. November, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Blümel statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Mitgliederbewegung, 2. Neuwahl der Ortsverwaltung, 3. Produktionskontrolle und Lohnverhandlungen, 4. Verschiedenes. Die Zahlstelle zählt 468 Mitglieder. Es wurde auch der Kassenbericht gegeben. In die Ortsverwaltung sind gewählt: Knappschäftältester Kollege Heinrich, Stellvertreter Kollege Himmelsbach, Vorsitzender Kollege Richard Winkler, Stellvertreter Genosse Paul Bernowitsch, Kassierer Kollege Rupprecht, Schriftführer Kollege Bedorf, Revisoren Genossen Oswald Spielmann und Adolf Homann, Delegierte sind die Genossen Max Wittmann, Kollege Georg Heine. Jugend-Obmann sind die Kollegen Alfred Scholz und Erich Paulsch. Verwalter der Musikkasse Kollege Mann.

Den Bericht der Lohnverhandlungen gab Kollege Weder. Es erhalten ab 16. November im Ruhrgebiet die Bergarbeiter 565 Mark je Schicht. Die Bergarbeiter Niederschlesiens erhalten davon 87 Prozent. Außerdem erhalten die über 24 Jahre alten Arbeiter und Bauer eine Zulage von 15 Mark, die 20 bis 24 Jahre alten von 10 Mark je Schicht. Das Hausstandsgeld ist von 40 auf 60 Mark und das Kindergeld von 40 auf 80 Mark erhöht. Referent Weder führte aus, daß uns diese Lohnhöhe nur auch in nichts bessern wird, sondern im Gegenteil, mit jeder Lohnherhöhung gehen wir einen Schritt rückwärts. Als Beispiel führte er an: Würde früher beste Margarine (Auslandprodukt) einen Dollar (4,25 Mark) gekostet haben, so kostet sie jetzt nach dem Dollarkurs 9000 Mark und noch mehr und bald wird 1 Pfund Margarine für einen Schichtenlohn nicht mehr zu haben sein.

In seinem Vortrag über Produktionskontrolle versuchte Kollege Weder zu beweisen, daß die Kontrolle der Produktion die Lage der Arbeiter auch nicht bessern wird. Wir haben Unionisten, Syndikalisten und soundsowol andere Verbände. Der geschlossenen Front der Unternehmer müssen wir die geschlossene Front der Arbeiter entgegensetzen. Er habe die Ueberzeugung, daß ein Direktor Bierhaus und Inspektor Gerde von der Fuchszugabe sich niemals von uns diktieren lassen werden, vielmehr diktieren sie uns. Dem Stinnes müßten wir ungewalt ein Lob aussprechen (!!!), nur wünschte er, daß Tausende solcher

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

30] Mascha sah ihn durchdringend an und sagte vorwurfsvoll: „So ist, Nja — wie hochmütig du geworden bist!“ „So hol' auch doch der Teufel!“ schallt Lunenw, während er am Tische Platz nahm. Mascha fühlte sich beladigt, fuhr ihn heftig an und wandte sich dann ab, um in die Zigarette des Samowars zu blaen. Fast und leise, wie sie war, schätzte sie von Zeit zu Zeit die schwarzen Waden, hüftete und blinzelte wenn der Rauch ihre Augen reizte. Ihr Gesicht war mager, und die dünnen Ringe um die Augen ließen die noch glänzender erscheinen. Sie hatte Aehnlichkeit mit jenen Blumen, die in dem engen Gartendürsteln mitten unter Gras und Unkraut aufspießen.

Nja schaute sie an und sann darüber nach, daß dieses Kind so ganz alleine leste in seiner unterirdischen Höhle, daß es arbeitete wie die Schwachen, daß es keine Frauen kannte, vielleicht auch nie im Leben welche kennen lernen und immer in dieser Enge, diesem Schmutz hausen würde. Er aber konnte jetzt wenn er nur wollte, so leben, wie er's immer sich gewünscht hatte — in Ruhe, in Sauberkeit. Es ward ihm wohl zumute bei diesem Gedanken, zugleich aber fühlte er sich vor Mascha schuldig.

„Mascha!“ rief er plötzlich. „Na, was denn, du Wilder?“ ließ sich Maschas schwellende Stimme vernehmen.

„Weißt du, ich bin ein schlechter Mensch.“ sprach Lunenw, und seine Stimme zitterte, während er im Herzen die Frage erwog: ob es ihm's sagen sollte oder nicht.

Mascha hatte sich zu ihm umgewandt und schaute ihn lächelnd an.

„Es ist keiner da, der dich mal durchsprünge — das ist's! Abscheulicher Mensch du!“

„Na, hab' mir Geduld!“ rief Nja.

„War keine Geduld darf man mit dir haben!“ sagte Mascha, und indem sie rasch auf ihn zutrat, fuhr sie heftig in dittendem Tone fort: „Hör' mal, Nja, mein Lieber — bitte doch deinen Onkel daß er mich mit sich nimmt — ja? Bitt' ihn da um! Ganz tief will ich mich vor dir verbeugen und dir's danken!“

„Wohin willst du denn?“ fragte er in mildem Tone Lunenw, der ganz mit seinen Gedanken beschäftigt war und nicht auf ihre Worte geachtet hatte.

„In den heiligen Orden, mein Lieber — bitt' ihn!“

Sie salbete die Hände und stand vor ihm wie vor einem heiligenbilde, während in ihre Augen Tränen traten.

„Gehen immer weiter, weiter... Alle Tage sin ich darüber nach, ja ich träume sogar davon, daß ich gehe... Mein Lieber, wie gut wär' das doch, wenn ich... Sprich mit deinem Onkel, sag ihm, er soll mich mitnehmen! Er hört ja auf dich... Sein Brot werde ich nicht essen... um Almosen will ich bitten... Ich bin so klein... man wird mir schon was geben. Willst du's tun, Njushka? Ich füge dir die Hand dafür!“

„Und plötzlich sah sie seine Hand und beugte sich darüber. Nja neigte sie zurück und sprang rasch vom Stuhl auf.

„Dummes Mädchen!“ rief er laut aus. „Was tust du denn da, ich habe einen Menschen erwidert.“

Er erschau über seine eigenen Worte und fügte sogleich hinzu:

„Vielleicht... vielleicht hab' ich etwas sehr Böses mit diesen Händen getan... und du willst sie küssen!“

„So laß mich doch!“ sprach Mascha, dich an ihn herantretend. „Was wär' denn dabei? Gewiß laßst du sie dir! Petruschka ist schlechter als du und doch läßt ich ihm für jedes Stückchen Brot die Hand... Mir ist es zuwider, er will's aber haben — und so küß' ich sie ihm. Und dazu knieft und betastet er mich noch... Der Unverschämte!“

Es war Nja mit einem Male leicht und froh zumute geworden — vielleicht davon, daß er jene schredlichen Worte ausgesprochen, vielleicht auch davon, daß er nicht alles gesagt hatte. Er lächelte und sprach leise, mit gütiger Stimme zu dem Mädchen: „Gut, ich will das beim Onkel durchsetzen! Bei Gott, ich seh' es doch! Du sollst auf die Pilgerfahrt gehen... Auch Geld will ich dir auf den Weg mitgeben.“

„Da mein Onkel!“ rief Mascha, häufte auf ihn zu und fiel ihm um den Hals.

„So laß das doch! Hör' auf!“ sagte Lunenw ernst. „Ich hab's gesagt — du gehst mit. Wirft für mich beten Maschutka!“

„Für dich? O Gott!“

In der Tür erschien Jafow und fragte Mascha verwundert: „Was quillst du denn so? Man hört's ja sogar auf dem Hofe!“

„Jafow!“ schrie das Mädchen freudig bewegt und erzählte hastig: „Ich geh' fort... auf die Pilgerfahrt... Ich hab' mir versprochen, dem Buchigen zuzureden. Er wird mich mitnehmen.“

„Und sie lachte glücklich.“

„Wird er's auch tun?“ fragte Jafow nachdenklich den Freund.

„Beschick nicht? Sie wird ihm nicht im Weg sein... Und für sie ist's gut. Sieh doch, wie sie ausfieht — ganz himmelsgar nicht wie ein Mensch.“

„Ja freilich...“ sagte Jafow, schweig ein Weilchen und begann dann leise zu pfeifen.

„Was ist dir denn?“ fragte ihn Nja.

„Jetzt bin ich ganz verloren! Ganz allein bleib' ich hier, wie der Mond am Himmel.“

„Miete dir doch eine Kinderfrau...“ riet Nja ihm schimmelig gar nicht wie ein Mensch.“

„Branntwein werde ich trinken.“ sprach Jafow kopfschüttelnd.

Mascha sah ihn an, senkte den Kopf auf die Brust und ging nach der Tür zu. Von hier aus sprach sie in vorwurfsvollem, traurigem Tone:

„Was für ein schwacher Mensch bist du doch, Jafow!“

„Und ihr seid einmal stark! Laßt einen Freund im Stichel! Schon seid ihr! Wie soll ich das Leben ertragen — ohne euch?“

„Soll ich am Ende auch mit Terentij gehen — ganz heimlich wie?“

„Zu's! Ich würde fortgehen!“ riet ihm Nja.

„Du!... Aber mir wird der Vater die Polizei nachschicken!“

Sie schwiegen alle drei. Und dann begann Jafow mit erzwungener Heiterkeit:

„Es ist doch hübsch, betrunken zu sein! Man denkt an nichts, begreift nichts... und ist vergnügt.“

Mascha setzte den Samowar auf den Tisch und sagte kopfschüttelnd:

„Ach du... schämst du dich nicht, so zu reden?“

„Du kannst davon nicht sprechen.“ rief Jafow ärgerlich.

„Dein Vater kümmert sich nicht um dich... läßt dich machen was du willst... Best' ganz nach seinem Willen.“

„Ein schönes Leben!“ beschloß Mascha. „Fortlaufen möcht' ich, mich gar nicht umsehen nach solch einem Leben...“

„Es geht uns allen schlecht.“ sagte Nja leise und vertiefte wieder in Nachdenken.

Dann begann Jafow, indem er nachdenklich zum Fenster hinansah:

„Wenn man so fort könnte hier aus alledem... irgend wohin!... Im Walde liegen, an einem Fluße, und über alles nachdenken.“

„Das wäre eine dumme Art, dem Leben aus dem Wege zu gehen!“ sprach Nja verdrüsslich.

Jafow sah ihm forschend ins Gesicht und sprach mit einer gewissen Scheu:

„Weißt du — ich hab' da ein Buch gefunden...“

„Was für ein Buch?“

